

**Mitteilung der Verwaltung  
Nr.: 20230225**

**Status:** öffentlich  
**Datum:** 30.01.2023  
**Verfasser/in:** Amt 33  
**Fachbereich:** Amt für Bürgerservice

Bezeichnung der Vorlage:

**Aktuelle Situation in der Einbürgerungsstelle**

Bezug:

**Beratungsfolge:**

Gremien:

Haupt- und Finanzausschuss

Sitzungstermin:

01.02.2023

Zuständigkeit:

Kenntnisnahme

**Kurzübersicht:****Wortlaut:**

Gegenüber 2020 ist ein erheblicher Anstieg der Einbürgerungsanträge zu erkennen. So hat sich die Zahl der vorgelegten Anträge mit 1803 Vorgängen im Verhältnis zum Jahre 2020 annähernd verdoppelt. Der erfreuliche Trend und das stark ausgeprägte Interesse am Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wird sich auch im laufenden Jahr weiter fortsetzen. Mit dem vorhandenen Personal lässt sich die Menge der vorgelegten Anträge innerhalb eines akzeptablen Zeitraums nicht bearbeiten. Eine weitere Personalverstärkung der Organisationseinheit war und ist unumgänglich.

Leider war das vergangene Jahr in der Einbürgerungsstelle stattdessen von Personalabgängen und langfristigen sowie noch andauernden krankheitsbedingten Ausfällen geprägt. Von den ursprünglich vorhandenen vier Stammkräften verließen zwei erfahrene Kräfte hausintern im Frühjahr 2022 den Fachbereich; die Stellen wurden hausintern mit eigenen Auszubildenden besetzt. Seit Juli ist eine Person krankheitsbedingt nicht im Dienst. Somit stand zeitweise nur eine Mitarbeitende für die Einarbeitung des neuen Personals zur Verfügung. Eine kurzfristige amtsinterne Umverteilung von Personal zugunsten der Einbürgerungsstelle war in 2022 nicht möglich, da im Frühjahr bereits wegen des Zustroms von rd. 3.000 Flüchtlingen aus der Ukraine Personal aus der gesamten Verwaltung und im Besonderen auch amtsintern kurzfristig in das Ausländerbüro abgeordnet war. Im Herbst 2022 ist dann eine Personalverstärkung im Umfang von knapp 2,0 VZÄ erfolgt. Seit November ist des Weiteren amtsintern eine Krankheitsvertretung für die dauererkrankte Kraft installiert. Ehemalige Kräfte und das Personal der Einbürgerungsstelle arbeiten zudem seit September freiwillig an Wochenenden, um Anträge zu prüfen.

Mit dem Personalbestand ist es aktuell gelungen, alle Anträge in die mittlerweile komplett digitalisierte Antragsbearbeitung einzupflegen und zudem alle eingehenden eMails der Antragsteller und Antragstellerinnen zu bearbeiten.

Um die aufgelaufene Menge der Anträge nun aber angemessen abuarbeiten und die kommenden absehbaren Veränderungen im Einbürgerungsrecht auch operativ umsetzen zu können, ist eine weitere Personalaufstockung zwingend erforderlich. Aus diesem Grunde ist aktuell eine Stellenausschreibung von 8 weiteren Stellen auf den Weg gebracht. Um unabhängig von dem Stellenbesetzungsverfahren jetzt aber auch umgehend dem außerordentlichen Antragsstau zu begegnen, werden Mitarbeitende aus dem Bürgerbüro in die Einbürgerungsstelle abgeordnet.

Mit Wirkung zum 01.02.2023 wird der aktuelle Personalbestand der Einbürgerungsstelle im Wege der Abordnung um sechs Kräfte aus dem Bürgerbüro verstärkt. Im Laufe des Februars soll eine weitere Aufstockung des Teams um zwei Kräfte erfolgen. Die im Bürgerbüro damit entstehenden Bedarfe werden durch Auszubildende abgedeckt, die ohnehin nach Abschluss ihrer Ausbildungen im Sommer des laufenden Jahres einen Einsatz im Bürgerbüro angestrebt haben.

Um eine effektive und schnelle Einarbeitung der neuen Mitarbeitenden zu gewährleisten, werden ergänzend zwei ehemalige Mitarbeitende ebenfalls in die Einbürgerungsstelle abgeordnet.